Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 144. Freitag, den 14. September. 1866

Landtag.

16. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. d.

Auf der Tagesordnung: Das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes!. Der Abg. Twesten hielt Namens der XI. Kommission einen einleitenden Vortrag über das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes, in welchem er einige eingegangene Amendements beleuchtete und nach einer Darlegung des politischen und historischen Sachverhalts die Hoffnung aussprach, daß der blos norddeutsche Bund nur einen Uebergangszustand zu einer bundesstaatlichen Einigung des ganzen außerösterreichischen Deutschlands bilden werde. Eine lange Reihe von Amendements wurde mitgetheilt. Abg. Groote beantragt eine Resolution, daß die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin streben werde, den Bund über das ganze, mindestens das außerösterreichische Deutschland auszudehnen, daß ferner das Bundesparlament durch Zutritt von Abgeordneten der übrigen Staaten zum preußischen Abgeordnetenhause gebildet werde, daß eine volksthümliche Wehrverfassung hergestellt werde u. s. w. Eine Reihe anderer Amendements desselben Abgeordneten zu den einzelnen §§ des Kommissionsentwurfs fand keine hinreichende Unterstützung. Der Abg. Lesse beantragte zu § 8 einige Bestimmungen über die Eintheilung der Urwahlbezirke, Abg. v. Salisch zu § 11 öffentliche Stimmabgabe, Abg. Duncker Oeffentlichkeit der Eröffnung der Wahlurnen und der Stimmenzählung, Abg. Schulze (Berlin) Reisekosten und Diäten für die Abgeordneten.

Die allgemeine Debatte wurde durch den Abg. Groote eröffnet, der seine Resolution vertheidigte. Abg. Strosser (für die Vorlage) motivirte das dem Entwurfe zustimmende Votum seiner Freunde dadurch, daß die Situation so geändert sei, daß die früheren Antipathien gegen ein deutsches Parlament nicht mehr am Platze seien. Oesterreich sei aus Deutschland heraus, und Preußen stehe in Norddeutschland in entscheidender Machtstellung.

Abg. Virchow (gegen die Kommissionsvorlage): er hätte von jener Seite eher stille Resignation, als eine solche vollherzige Umwandlung erwartet. Er könne in die Bewunderung nicht einstimmen. Bei Beginn des Krieges habe die Regierung eine Einigung von ganz Deutschland in Aussicht gestellt, namentlich in der Proklamation vom 18. Juni. Dem entspreche das nicht, was man jetzt biete. Süddeutschland stehe außerhalb des norddeutschen Bundes, der die Zerstückelung Deutschlands offen ausspreche und für die Einheit nur Hoffnungen übrig lasse. Die Ablösung eines Stückes deutscher Erde von dem gemeinsamen Ganzen sei neu in der Geschichte der preußischen Politik, die bisher ihren Stolz darin gefunden, deutsches Land festzuhalten. Der Reichstag und der preußische Landtag würden sich in ihrer Machtstellung gegenseitig paralysiren, und der Reichstag würde die Dienste einer neuen Geldbewilligungsmaschine leisten; damit sei dem deutschen Volke nicht gedient. Die Regierung hätte klar stellen müssen, welche Rechte der Reichstag haben solle, dann würde das Land diese gern abtreten. Darüber liege nichts Klares vor. Einem machtlosen Körper, der nichts habe als die Macht seiner Beredsamkeit, könne er nicht zustimmen. v. Carlowitz (für die Vorlage): es falle kein Baum nach dem ersten Hiebe, und die Hiebe, die Graf Bismarck bis jetzt gegen den Giftbaum deutscher Zerrissenheit geführt, seien kräftige deutsche Hiebe. Er vertraue, das Andere werde folgen. Freilich könne er einem Bundesstaat, der aus Monarchien und andern Staaten von so disparater Gestalt bestehe, eine große Lebensfähigkeit nicht zutrauen. Die Präponderanz Preußens sei der Wegweiser zum Einheitsstaat. Welche Kompetenz das deutsche Parlament haben werde, sei noch unklar, er werde mit Freuden so viel abtreten wie nöthig sei. Die Mainlinie sei ihm gar nicht angenehm, aber er nehme sie als Abschlagszahlung auf die deutsche Einheit. Der süddeutsche Bund habe keine Lebensfähigkeit, denn Baiern kann den sich ihm anschließenden Staaten keinen Schutz gewähren.

Dr. Liebelt (gegen die Vorlage): Die Vorlage sei der erste Schritt zur Rekonstituirung Deutschlands käme sie nur beurtheilen vom Standtpunkt seiner Nationalität. Die Polen können nicht in Deutschland ihr Vaterland sehen, dem preußischen Staate gehören sie an, Deutsche seien sie nicht. Redner rekapitulirte die Stellung, welche die Polen zu den deutschen Einheitsbestrebungen von 1848 einnehmen, führt das Einschreiten Englands und Frankreichs gegen den Versuch, die außerdeutschen Gebiete Oesterreichs und Preußens in den Bund hereinzuzihen (1851), an und protestirt schließlich Namens seiner Freunde gegen jeden Versuch, die Polen Deutschland einzuverleiben. Er und seine Freunde würden gegen das Wahlgesetz in jeder Gestalt stimmen. — Redner legt einen schriftlichen Protest auf den Tisch des Hauses nieder.

Für den Kommissions-Antrag sprachen noch Abg. Simson, gegen denselben Abg. v. Gerlach und schließlich Abg. Dr. Löwe für den Commissionsantrag. Die allgemeine Debatte wurde darauf geschlossen und nach einem Schlußreferat des Berichterstatters Abg. Twesten die Spezialdebatte auf die nächste Sitzung vertagt, diese selbst auf Mittwoch, den 10. September, Vormittags 10 Uhr anberaumt und darauf die heutige Sitzung um 3 Uhr geschlossen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 21. d.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm bei Eröffnung der Spezialdiskussion über den von der Kommission eingeschalteten § 1 des Entwurfs (zur Berathung der Verfassung und der Einrichtungen des norddeutschen Bundes soll ein Reichstag gewählt werden) der Ministerpräsident das Wort. Er verwies darauf, daß die verbündeten Regierungen vertragsmäßig verpflichtet seien, auf Grund des Reichswahlgesetzes die Wahlen vornehmen zu lassen. Wesentliche Aenderungen, welche der Entwurf hier erführe, würden die übrigen Regierungen vielleicht veranlassen, das Wahlgesetz auch ihren Ständen vorzulegen, und hieraus könnten sich unabsehbare Weiterungen und unlösbare Schwierigkeiten ergeben. Was namentlich den neu hinzugefügten § 1 angehe, so habe die Regierung der Weglassung der Worte „und Vereinbarung" nicht entgegentreten wollen, um nicht Mißtrauen zu nähren, sie lehne aber die Verantwortung für die Weiterungen, die aus dem Aufgeben des Vereinbarungsprinzips hervorgehen könnten, von sich ab. Wie die preußische so könnten auch die andern Landesvertretungen ihre Zustimmung vorbehalten, und dies werde dem Einigungswerke große Schwierigkeiten bereiten.

Abg. Schulze (Berlin): Es komme doch darauf an, Namens des preußischen Volkes Bedenken und Wünsche in Bezug auf das in der Vorbereitung begriffene Werk hier kund zu geben. Er sehe in den Grundlagen einen Bundestag, statt einer Centralgewalt, die Einzelstaaten hätten nicht auf das Recht Gesandte zu schicken, verzichtet, es fehle das Bundesoberhaupt. Die Grundzüge führten, fürchte er, zu einer neuen Auflage des Staatenbundes. Daher sei es besser, an die Reichsverfassung die Grundlage eines wirklichen Bundesstaats anzuknüpfen; dem Bundesstaate müsse ein erweiterter Inhalt gegeben werden. Man müsse den Sieg ausnutzen, um neue Kämpfe zu ersparen. Das Votum des Frankfurter Parlaments für die Krone Preußen, verbunden mit dem jetzigen Siege, würde ein durch nichts ersetzbares Gewicht in die Wagschaale werfen, die deutschen Grundrechte das neue Werk von vorn herein zu einem einheitlichen und darum populären machen.

Ministerpräsident. Er habe positive Vorschläge für die Bundesverfassung erwartet, finde aber keine positiven Anhaltspunkte in der Rede, als die Grundrechte, die nicht zu seinem Ressort gehören. Gegenüber der Kritik der „Grundzüge" erinnere er daran, daß sie vor dem Kriege als friedlich zu erreichendes Ziel, aufgestellt seien. Wenn der Vorredner das jetzt Erreichte als zu gering darstelle, so sei es leicht für die Opposition, das Beste dem Guten entgegenzustellen. Es würde mehr erreicht sein, wenn die Regierung in ihrem Streben Unterstützung gefunden hätte, statt daß sie dasselbe im Kampfe mit diesem Hause hätte durchführen müssen. Die Forderung, daß die Einzelstaaten keine Gesandten ernennen dürften, beruhe auf einer Ueberschätzung des Werths der Diplomatie. Mehr zu fordern, als man bedürfe, sei ein Fehler. Es sei leicht für das Haus, zu amendiren, während die Regierung die Verantwortung für die Ausführung trage. Wenn man die bei Abschluß des Friedens mitwirkenden Momente alle kennte, so werde man zugestehen, daß die Ausnutzung des Sieges eine ziemlich kühne war. In solchen Momenten könne Muth leicht in Waghalsigkeit ausarten.

Abg. Dr. Achenbach sieht in dem § 1 eine wesentliche Verbesserung der Vorlage, da er das Ziel präcisire und, wenn auch Erschwerungen des Einigungswerkes daraus hervorgehen könnten, könne man doch nicht über eine berathende Stellung der Versammlung hinausgehen. Redner läßt sich hierauf ausführlich auf die Gesichtspunkte der allgemeinen Debatte ein. — Abg. Virchow: Die Erfolge der Regierung erkenne er als groß an, sei aber nicht der Ueberzeugung, daß die Erfolge Deutschland zum Heile gereichen werden. Die preußische Politik beschwöre dieselben Gefahren herauf, wie die habsburgische Politik, die auch eine starke Hausmacht gesucht und dadurch das deutsche Reich zersplittert habe. Der Ministerpräsident würde die Unterstützung des Hauses gefunden haben, wenn er seine kühne Politik fortgesetzt hätte; aber er sei an einem Punkte stehen geblieben, wo die Zerstückelung Deutschlands anfange. Es habe schnell das geschaffen werden müssen, womit man den Süddeutschen die offene Hand biete. Das Haus wolle aber nicht einen Reichstag des norddeutschen Bundes, sondern ein Vorparlament schaffen. Das Haus behalte sich vor, über das Werk des Vorparlamentes zu befinden. Hätte die Regierung ihre Grundzüge vollständig vorgelegt, so hätte das Haus eine volle rückhaltslose Vollmacht geben können und vielleicht gern gegeben. Der Weg dieses vollmachtslosen Vorparlamentes sei ein langer, zweifelhafter Weg. Die Regierung hätte entweder vorgehen, klar aussprechen müssen, was sie einem Parlamente an finanziellen Befugnissen zuertheilen wolle. Die Regierung habe mit ihrer Vorlage ein Mehreres gewollt, als das Haus jetzt zugestehen wolle, aber da das Haus über die Befugnisse des künftigen Reichstages nichts festgestellt, könne man dies dem Hause nicht verdenken. Besser aber als die Amendirung würde einer Verwerfung der Vorlage sein, die die Regierung zwingen würde, eine befriedigende zu bringen.

Ministerpräsident: Wir sind nicht am Ziele unserer Politik, wir sind am Anfange derselben; Sie thun uns daher Unrecht, wenn Sie das Vorgelegte als Fertiges betrachten. Der Vorredner sage: er würde die Politik des Ministeriums unterstützen, wenn sie zum Ziele führte, aber er glaube dies nicht. Der Vorredner habe seit 4 Jahren in Bezug auf die Erfolge der Politik der Regierung falsch prophezeit; er könne wenn diese Prophezeiung die Hoffnung gebe, daß sie ein gleiches Schicksal haben werde, also nur sofort der Regierung seine Unterstützung gewähren.

Abg. Graf Bethusy-Huc beantragt, die Worte „und Vereinbarung" in den § 1 einzuschalten.

Abg. John (Labiau): Die Zeit der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands sei vorüber, es sei die Epoche eingetreten, wo man nur die einheitsstaatliche in's Auge fassen könne. Der Kern dieses Einheitsstaates sei Preußen mit seiner Verfassung; man müsse sich also hüten, von dieser etwas in Frage zu stellen, ehe man wisse, was an dessen Stelle trete. Das Experiment mit der allgemeinen direkten Wahl sei ein sehr ungewisses im Interesse der Freiheit. Es beruhige die Bestimmung, daß die Versammlung nur eine berathende sei; die „Vereinbarung" möge man weglassen. Das sei ein ominöses Wort. Gegen Virchow bemerkt Redner, daß Preußens Streben in Deutschland Oesterreichs Streben außerhalb Deutschlands Hausmacht zu erwerben, nicht zu vergleichen sei. — Wenn das Parlament, zu welchem man das Wahlgesetz berathe, nur das eine Resultat erziele, daß es das parlamentarische Siegel auf die Thatsache drücke, daß der König Inhaber der Militärgewalt in Norddeutschland sei, so sei genug erreicht.

Abg. Schulze (Berlin). Mit der Empfehlung

der centralistischen Grundzüge der Reichsverfassung von 1840 habe er die verlangten konkreten Vorschläge in hinreichendem Maße gemacht. — Die diplomatische Vertretung des Königreichs Sachsen sei oft genug hemmend gewesen, er überschätze also die Diplomatie nicht. Worin die Hindernisse, welche dieses Haus der Politik des Ministerpräsidenten bereitet, bestanden haben, sehe er nicht ab, das Haus habe ja gar nicht ahnen können, daß er großdeutsche Ziele verfolge, und auf solche habe das Haus ihn bisher immer hingedrängt. Der Vertreter der auswärtigen Politik, der volle Einigung mit dem Hause wolle, müsse sich mit dem Studium der Grundrechte befassen.

Abg. Waldeck: Die Bedingungen, denen der Entwurf seine Entstehung verdankt, existiren seit den großartigen Annexionen nicht mehr; der Einheitsstaat mit freiheitlicher Verfassung sei besser als der Bundesstaat. Mit diesem Gesetze sei nichts Rechtes anzufangen. Wozu zwei Parlamente, da Preußen in dem zweiten doch die große Uebermacht hat? Er stimme für das Gesetz, weil die Regierung sich gegenüber den Bundesgenossen dazu verpflichtet habe, und weil es zum Volke und zum allgemeinen Wahlrecht zurückgreife. Thue er das aber, so müsse er auch die Rechte des Volkes wahren, die recht eigentlich zu seinem Ressort gehören. Für die Resolutionspolitik des Abgeordnetenhauses in der auswärtigen Frage sei er nie gewesen, weil er immer gehofft habe es komme was besseres, die Annexion, und diese sei ja auch gekommen. Aber Resolutionspolitik sei nur Dilettantenarbeit; das Ressort des Hauses sei die Wahrung der Rechte des Volkes; daher könne man dem vorliegenden Parlamente nur eine berathende Befugniß geben, denn es müsse verhütet werden, daß ein Parlament entstehe, welches die Ausgaben bewillige, während dem preußischen Abgeordnetenhause die zu den ihm auferlegten Ausgaben nöthigen Einnahmen und die partikularen Angelegenheiten blieben. Entständen durch die Amendirung Weiterungen, so traue er dem Ministerpräsidenten zu, daß er auch damit fertig werde; die reelle Macht sei bei Preußen.

Der Ministerpäsident konstatirt, daß die Regierung zwar um des Friedens willen sich den Art. 1 gefallen lasse, daß ihr aber Bethusy's Formulirung lieber sei, weil sie sich den vertragsmäßigen Pflichten der verbündeten Staaten mehr anschließe. Gegen Waldeck bemerke er, daß der thatsächliche Widerstand der Bundesgenossen allerdings nicht so wesentlich sein könne, wie der rechtliche. Gegenüber den Befürchtungen, durch das deutsche Parlament vergewaltigt zu werden, mache er darauf aufmerksam, daß die große Majorität des deutschen Parlaments aus Preußen bestehen werde. -- Seine deutsche Politik habe dem Hause seit Herbst 1863 nicht mehr fremd sein können.

Die Debatte wird geschlossen. Es folgt, nach einer persönlichen Bemerkung Virchows, auf die der Ministerpräsident antwortet, das Schlußwort des Referenten Abg. Twesten. Derselbe bemerkt, das Wort Vereinbarung sei ein so vieldeutiges, und die Regierung selbst habe den Sinn desselben so wenig präzisirt, daß er lieber den ganzen Artikel streichen, als das Wort „Vereinbarung“ hineinbringen möchte. Bringe man die „Vereinbarung“ hinein so müsse er gegen die ganze Vorlage stimmen. Wir müssen uns unter allen Umständen vorbehalten, die Beschlüsse des Parlaments zu unserer Kognition zu ziehen, wenn wir sie dann auch nur en bloc annehmen.

Nach Verwerfung des Bethusy'schen Amendements wird § 1 des Kommissionsantrags angenommmen. Die folgenden Paragraphen werden ohne Diskussion angenommen. Für § 5 und und gegen das Groote'sche Amendement zu demselben spricht v. Vincke (Olbendorf); das Groote'sche Amendement lasse verurtheilte Landesverräther vor der Strafabbüßung zu. Abg. Ziegler: Die Aberkennung der Ehrenrechte sei aus Frankreich importirt, und diese Strafe hätte mit den Franzosen aus dem Lande vertrieben werden müssen. Es folgen noch John (Labiau), Graf Schwerin, v. Vincke (Olbendorf), und nimmt die Debatte einen lebhaften Character an. Nach dem Schlußworte des Referenten zieht Groote sein Amendement zurück und der § 5 des Kommissionsentwurfes wird angenommen; ebenso §§ 6—10 des Kommissionsentwurfs.

Zur Situation.

Der Gesetzentwurf in Betreff der Einverleibung Schleswig-Holsteins in die preußische Monarchie enthält bekanntlich einen Vorbehalt bezüglich Oldenburgs, mit dem nach der Angabe des Minister-Präsidenten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. September ein Vertrag abgeschlossen werden soll, der zunächst die unbedingte Anerkennung des Besitzstandes Preußens in den Herzogthümern Seitens Oldenburgs zum Gegenstande haben, außerdem auch einige Bestimmungen hinsichtlich das Jadegebietes umfassen soll. Als Gegenleistung an Oldenburg ist in dem Annexions-Gesetzentwurf eine Gebietsabtretung erwähnt, die in dem mit Oldenburg abzuschließenden Vertrag näher bestimmt werden soll, nach den Angaben des Ministerpräsidenten übrigens sehr unerheblicher Natur ist, da es sich im Ganzen nur um etwa 2 □Meilen des Gebietes der Herzogthümer handeln würde. Die Ursachen, welche der Regierung den Vertrag mit Oldenburg wünschenswerth erscheinen lassen, liegen, wie die Motive zu dem Annexionsgesetzentwurf andeuten, in den bekannten Oldenburgischen Erbansprüchen an die Elbherzogthümer, deren Beseitigung auf gütlichem Wege immerhin angezeigt erscheint, um für die Zukunft jeder möglichen Wiederauflebung der Rechtshaders im Voraus zu begegnen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 13. September. Dem Vernehmen nach haben Se. Maj. der König zu dem Festmahle, welches die Stadt Allerhöchstdemselben, den Königlichen Prinzen und der Armee am 22. d. M. in der städtischen Turnhalle zu geben beabsichtigt, die Einladung huldreich angenommen. Dem Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck ist, wie die „Weim. Ztg.“ mittheilt, von dem Großherzoge von Sachsen-Weimar das Großkreuz des Großherzogl. Hausordens der Wachsamkeit (Weißer Falke) verliehen worden. Das „Dresdener Journal“ schreibt: Sicherem Vernehmen nach ist der (sächsische) Gen.-Major v. Fabrici Wien nach Berlin gereist. Die „Dresd. N.“, die dieselbe Mittheilung bringen, bemerken dazu: Man glaubt den Zweck seiner Reise mit dem nahe bevorstehenden Friedensschluß zwischen Sachsen und Preußen in Zusammenhang bringen zu können. Die „Darmstädter Zeitung“ enthält ein Telegramm aus München, nach welchem der Großherzog von Hessen den Friedensvertrag mit Preußen genehmigt und die Ratifications-Urkunde vollzogen hat. Der Legationsrath Hoffmann wird zur Auswechselung der Ratification sich unverzüglich nach Berlin begeben. Die Nachricht verschiedener Blätter, daß eine Amnestie bereits bei der Einholung der Truppen am 20. und 21. d. M. erlassen werden wird, glaubt die „Kreuzzeitung“ bezweifeln zu dürfen, indem bisher allerdings zwar Pläne, aber noch keine Beschlüsse vorliegen. Dagegen glaubt man annehmen zu dürfen, daß die Amnestie sich keineswegs nur auf Militär-Personen, sondern auch auf Civilisten erstrecken wird. Die Zahl der Gefangenen, welche die preußische Armee im letzten Feldzuge gemacht, betrug 48,425, darunter 690 Officiere. Von der Gesammtzahl sind nur 10,000 verwundet in Gefangenschaft gerathen. Der Verlust Preußens an Gefangenen betrug nach Ausweis der officiellen österreichischen Listen nur 2 Officiere, 3 Beamte, 1 Arzt, 1 Geistlicher und 357 Unterofficiere und Gemeine. In Oesterreich selbst wird man dies nie allgemein glauben, da man es in Wien und anderen Städten für gut hielt, jedesmal durch Anschlag an den Bahnhöfen die Ankunft ganzer Tausende von Gefangenen zu verkünden, wenn ganz kleine Abtheilungen im Lande umhertransportirt wurden. Ueber die Behandlung der gefangenen Preußen hört man in den Kreisen derselben Haarsträubendes. Hoffentlich, sagt die „Schl. Z.“, wird unsere Regierung amtliche Ermittelungen dieserhalb anstellen und das Resultat der Kenntniß und dem Urtheil der öffentlichen Meinung nicht vorenthalten. Daß die Zahl der Gefangenen den Oesterreichern Schwierigkeiten bereitet habe, wird Niemand zu seiner Entschuldigung anführen können. In Folge einer Allerhöchsten Cabinets-Ordre werden die vierten Bataillone der Infanterie-Regimenter aufgelöst und die Mannschaften, welche nicht zur Entlassung kommen, den betreffenden Ersatz-Bataillonen überwiesen.

— Seit einigen Tagen haben auch die Friedens-Verhandlungen mit dem Fürstenthum Reuß ält. Linie begonnen und man darf annehmen, daß dieselben sehr bald im preußischen Sinne ihre Erledigung finden werden. Die Tage der Regentschaft der Fürstin Caroline seien übrigens gezählt, da die Majorennitäts-Erklärung des Fürsten Heinrich XXII. (geb. den 28. März 1846), welche erst mit dem vollendeten 21. Lebensjahre vorgenommen werden sollte, vorgenommen werden wird. Die preußische Regierung verfolgt die Vorgänge in den christlichen Ländern der europäischen Türkei und in der That verdienen sie diese Berücksichtigung. Es steht fest, daß die Pforte nicht einmal im Stande ist, den Aufstand der Kandioten zu unterdrücken und noch viel weniger könnte sie einer Revolution aller Christen die Spitze bieten. Die Kandioten sind in einem Zusammenstoße mit den Türken bereits Sieger geblieben; ohne Einmischung der europäischen Großmächte kann man mit Gewißheit den Untergang des türkischen Reiches in Europa für die nächste Zukunft vorhersagen.

— In Bezug auf die bevorstehende Vermehrung der Armee hört die „N. Pr. Z.“, daß dieselbe in Betreff der Infanterie sich nach Maßgabe der neu acquirten Landestheile verhalten, in Betreff der Kavallerie aber in der Weise stattfinden wird, daß die neuen Regimenter sich durch Zusammenlegung der 5. Eskadronen der bereits bestehenden bilden werden.

— Am 12. d. ist eine Deputation, gewählt von einer am 9. d. Mts. in Wiesbaden zusammengetretenen Versammlung vormaliger nassauischer Ständemitglieder, hier eingetroffen, um Seiner Majestät dem König für die Aufnahme Nassau's in die preußische Monarchie zu danken und das Vertrauen auszusprechen, daß über das Domanial-Verwögen nicht einseitig im Interesse der depossedirten Dynastie, sondern in dem der preußischen Monarchie und dem des einverleibten Landes, welche sich unter einander und mit den Grundsätzen des historischen Rechtes in voller Uebereinstimmung befinden, verfügt werde. Das Domanial-Vermögen von Nassau wirft jährlich 2,400,000 Gulden brutto und 1,100,000 Gulden netto ab. Würde dasselbe dem Herzog Adolph überwiesen, so würde nicht nur das öffentliche Recht gekränkt, sondern auch den depossedirten Dynastien die Möglichkeit gegeben sein, das Land politisch zu unterjochen und wirthschaftlich zu ruiniren. Die Deputation, welche besteht aus dem vormaligen Präsidenten der zweiten Kammer Dr. Braun und den Herren v. Schwartzkoppen, Dilthey und Giebeler, vormals Mitglieder der ersten, sowie die Herren Knapp, Hesse, und Wagner, vomals Mitglieder der zweiten Kammer, wird heute Audiens bei Sr, Majestät haben.

— Der „Köln. Ztg.“ wird über das parlamentarische Diner bei dem Grafen Bismarck geschrieben: Es waren zu demselben etwa 36 Personen geladen, darunter aus nicht parlamentarischen Kreisen der Gouverneur von Berlin, Graf v. Waldersee, der Chef des Militär-Kabinets S. M. des Königs, General von Treskow, der frühere diesseitige Gesandte in Wien, Frhr. v. Werther, und der Gesandte am ehemaligen deutschen Bunde, Hr. v. Savigny. Aus dem Abgeordnetenhause waren Mitglieder aller Fractionen, bis auf das clericale Centrum, welches überganger war, vertreten; anwesend waren u. A. die Abgg. Wagener (Neu-Stettin), v. Blanckenburg, v. Arnim-Heinrichsdorf, v. Denzin und der Ober-Consistorialrath Biest, dann Reichenheim, Twesten, v. Unruh, Michaelis, v. Bockum-Dolffs, v. Vincke, (Hagen), Simson, Baron v. Baerst, Roepell und die drei Präsidenten des Hauses. Dagegen war Löwe (Calbe), den hiesige Blätter zu den Geladenen zählen nicht anwesend. Die Tafel begann um 6 Uhr und wurde nach 1½ Stunde aufgehoben, die Gäste blieben jedoch bis gegen 10 Uhr beisamen, nnd es soll zu Verständigungen zwischen den Angehörigen der entgegengesetzten Richtungen über manche wichtige Fragen gekommen sein. Graf Bismarck selbst hatte längere Besprechungen namentlich mit dem Präsidenten v. Forckenbeck. Es bleibt eben immer ein schweres, sehr schweres Stück politischer Arbeit nach allem Waffenerfolge für Preußen noch übrig, und Regierung und Landesvertretung bedürfen jetzt des Einverständnisses und gemeinsamer Hingebung an ein gemeinsames Ziel sehr. Dagegen kann und darf keiner von beiden Theilen sich verschließen, und alle Schwierigkeiten, die sich dawider erheben, die nicht gering sind, können überwunden und, wo nicht ganz aufgehoben, doch nothdürftig bei Seite geschoben werden, wenn beide Theile nur recht begreifen, daß es ein Müssen ist.“

Mecklenburg. Am 8. d. M. hielten von unsern aus Baiern heimkehrenden Truppen zwei Bataillone Infanterie und eine Batterie unter persönlicher Führung des Großherzogs ihren feierlichen Einzug in Schwerin. Die Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, waren festlich geschmückt und die Truppen wurden von Einwohnern, die sich dazu freiwillig erboten hatten, in ihren Wohnungen bewirthet.

Aus Franken. Die Okkupation der nordeutschen Truppen erreicht heute ihr Ende. So belästigend sie auch theilweise für die Minderbemittelten war, so sieht man doch diese stattlichen, gebildeten Leute mit Bedauern scheiden, nachdem sie durch ihr musterhaftes Betragen und theilweise sogar liebenswürdiges Wesen allgemeine Anerkennung gefunden haben. Die meisten Quartiergeber sprechen sich höchst günstig über die Art und Weise aus, wie diese wackeren Soldaten von den ihnen im Verpflegungsreglement eingeräumten bedeutenden Vergünstigungen, bezüglich Speisen, Getränke und Cigarren nur bescheidenen Gebrauch machten und sich je nach den Umständen ihrer Quartiergeber häufig mit Wenigem begnügten. — Man findet sich zu unliebsamen Betrachtungen veranlaßt, wenn man dagegen das Verfahren eines großen Theils der baierischen Truppen, nicht nur in Feindesland, sondern auch im Vaterlande, in Vergleich ziehen wollte; wie traurig sind nur die Berichte aus dem von ihnen längere Zeit okkupirt gewesenen Theile Unterfrankens! Selbst die patriotisch gesinntesten Baiern dortiger Gegend finden sich, zu bitteren Klagen getrieben und kommen zur Einsicht, daß die aus der kurhessischen Okkupation von 1850 herrührende Bezeichnung „Strafbaiern“ doch einige Begründung haben mußte. Man kommt immer mehr zur Erkenntniß, wie viel unsern Truppen noch an allgemeiner Bildung fehlt, um den nordischen zur Seite gestellt werden zu können, und häufig genug hat man hören können, wie die mit unsern urwüchsigen Truppen beglückten Unterfranken die mit feindlichen Truppen besetzten Theile Mittel- und Oberfrankens darum beneidet haben. Ueberhaupt mögen in den drei fränkischen Kreisen gar manche Hoffnungen mit dem Rückmarsche der nordischen Truppen zerronen sein; wenigstens gilt dies von Nürnberg speziell, wo man gar nichts anderes als eine dauernde Besetzung erwartete und wünschte (trotz Dementis).

Wiesbaden, den 10. Sept. Gestern marschirten die nassauischen Truppen mit klingendem Spiel und mit Waffen hier ein, wurden dann auf den umliegenden Ortschaften einquartirt und rücken nun nach und nach, kompagnieweise, in Wiesbaden ein, um des Fahneneides, den sie dem Herzoge geleistet haben, entbunden zu werden. Der Herzog Adolph hat selbst hierein gewilligt, gegen die von Preußen mit Bereitwilligkeit gegebene Zusage, die sich zum Eintritt in den Dienst meldenden Offiziere übernehmen und die übrigen pensioniren zu wollen. Die Soldaten der ältern Konskriptionsklasse werden sofort entlassen. Ihre Arbeitskraft wird gerade jetzt der Landwirthschaft sehr gelegen kommen. Die jüngeren werden in die preußische Armee untergetheilt.

Oesterreich. Die Verhandlungen mit Ungarn haben bis jetzt zu einer Verständigung nicht geführt. In Pest ist man der Ansicht, daß nichts concedirt werden dürfe, so lange nicht die eigenen Forderungen vom ersten bis zum letzten Punkte gewährt worden seien. Man rechnet auf die fast verzweiflungsvolle Lage, in welcher die Monarchie sich befindet, und hält sich mehr denn je überzeugt, daß der Beharrlichkeit und Ausdauer zuletzt der Sieg bleiben werde. In der That scheint es kaum, daß man sich hierin verrechnen wird. Die Altkonservativen treten immer mehr in den Hintergrund, und es zeigt sich jetzt immmer mehr, wie schlecht die Regierung berathen war, als sie glaubte, mit Hülfe dieser Partei ein dauerndes Werk in Ungarn schaffen zu können. Die Deakisten perhorresziren offen jede Fusion mit den Altkonservativen und stimmen darin mit der Beschlußpartei überein, daß der

gegenwärtige Moment benutzt werden müsse, um die Selbstständigkeit Ungarns aufzurichten.

— In den Regierungskreisen herrscht fortwährend eine sehr trübe Stimmung vor, da man daran zweifelt, die ungeheuren Schwierigkeiten bewältigen zu können, welche sich der Reorganisation der Monarchie in den Weg stellen. Jedermann fühlt, daß es so wie jetzt nicht bleiben könnne und daß gewaltige Veränderungen eintreten müssen, Niemand weiß aber, welcher Weg betreten werden soll, um zu einer gedeihlichen Lösung zu gelangen. Nur was die auswärtige Politik betrifft, da scheint man endlich zu einem Beschluß gekommen zu sein: man wird sich durchaus reservirt verhalten und versuchen, sich mit den Nachbarstaaten Preußen und Italien auf einen möglichst guten Fuß zu stellen. Die Partei, welche die Revanche an Preußen als das nächste Ziel unserer auswärtigen Politik proklamirte und zu diesem Ende die Allianz mit Frankreich befürwortete, ist unterlegen. Freilich weiß Niemand, auf wie lange, da bekanntlich an maßgebender Stelle die Entschlüsse schnell zu wechseln pflegen. — Bereits am 1. Oktober wird ein großer Theil der Armee entlassen und die Flotte bis auf wenige Schiffe abgerüstet. — Eine Fregatte wird nach Mexiko gehen, und dem Kaiser Max zur Disposition gestellt werden. Sie wird wohl sehr bald den Kaiser und die Reste der österreichischen Legion nach Europa zurückbringen.

Amerika. Newyork. Ganze Schaaren heißhungriger demokratischer und pseudorepublikanischer Stellenjäger belagern den Präsidenten Johnson und umdrängen ihn dort und suchen ihn von der unabweislichen Nothwendigkeit zu überzeugen, alle „Radikale“ aus den Tausenden und aber Tausenden, von Bundesämtern, die über das ganze Land verstreut sind, hinwegzufegen. Das ist kein leichtes Stück Areit, denn die Zahl ist gar groß und nicht in allen Fällen kann ganz schroff und rund heraus die politische Meinungsverschiedenheit als Grund zur plötzlichen Absetzung benutzt werden. Es sind denn doch allerlei Rücksichten, wenn nicht auf die Personen der Beamten, doch auf die ihrer Hintermänner zu nehmen, d. h. der angesehenen Lokalpolitiker, auf deren Empfehlungen hin die Aemter ursprünglich gegeben worden. Doch thut Johnson so viel er kann. Jeden Tag fallen unter der Absetzungs-Guillotine die Köpfe republikanischer Beamten schockweise in den Korb. Zu ihrem Verdruß müssen die reaktionären Minister, die dabei als Samsons dienen, erfahren, daß die Operation keineswegs so großen Schrecken hat, wie sie sich einbilden. Sie erhalten tagtäglich Briefe von Beamten, worin sie mit ihren Absetzungsdrohungen aufs schneidenste verhöhnt werden, und die republikanischen Zeitungen klatschen zu allen Absetzungen Beifall. „Denn“, sagen sie, „so lange gute Republikaner Aemter bekleiden, sind sie im besten Falle sehr einsilbige und stille Mitglieder der Partei und nützen uns wenig bei den Wahlen. Aber wie kräftig gehen sie gleich ins Geschirr, sobald ihnen das verhängnißvolle Papier (Entlassungsschein) zugestellt wird! Da ist jeder für mindestens zehn Stimmen bei der Wahl gut. Es ist wohl den Lesern dieser Berichte hinlänglich bekannt, daß Beamte hier nicht Leute sind, die einen Lebensberuf aus ihrer Amtsthätigkeit machen. Unter zehn von ihnen ist wohl kaum ein einziger, der unter der Bedingung, nie resigniren zu dürfen, eine lebenslängliche Anstellung annehmen würde. Sich lebenslang an eine Tretmühle binden: — pah, das ist nichts für den Amerikaner, der, wenn er heute eine Steueraufseherstelle mit 1000 Thlr. Gehalt annimmt, um sich vor Hunger zu schützen, morgen schon grübelt und Pläne macht, wie er durch Ausbeutung eines Patents, oder durch einen glücklichen Griff an der Börse oder sonst etwas ein Viertels- oder halber Millionär werden kann. Wenn also hier von Beamtenabsetzungen die Rede ist, so muß man dabei nicht an so weinerliche, melodramatische Situationen denken, wie sie im vorigen Jahrzehnt in Schleswig-Holstein vorkamen, — oder gar an „milde Sammlungen“ zur Unterstützung der unglücklichen abgesetzten Beamten“. Vielmehr ist die Sache im Ganzen ein Spaß, über den die davon Betroffenen am meisten scherzen. Der Schade, den eine Partei durch den Verlust der Aemter erleidet besteht nur in dem Verlust der Cadres der Parteiorganisation und — der Kriegskasse. Denn die zum Theil enormen Ausgaben für Wahlen (Versammlungen, Banner, Plakate Flugschriften, Annoncen, Umzüge Transparente, Feuerwerk, Böller 2c.) werden von der Partei, die sich im Besitz der Aemter befindet, durch Umlagen auf die Beamten (2 bis 3 Prozent vom Jahresgehalt) bestritten, während die andere Partei in die eigene Tasche greifen muß.

Provinzielles.

Posen. Der polnische Abgeordnete M. Waligorski hat im heutigen „Dziennik pozn.“ folgende Aufforderung veröffentlicht: „Die Mitbürger, preußische Unterthanen, welche 1) Gewaltthätigkeit an ihrer Person oder persönlichen Freiheit durch ungesetzliches Verfahren der russischen Behörden während ihres Aufenthaltes in Rußland oder im Königreich Polen erlitten haben, 2) welche durch die gedachten Behörden an ihrem Eigenthum oder in ihren Handels- oder Familien-Interessen beschädigt worden sind, 3) welche Verwandte haben, die nach Verbüßung der ihnen zuerkannten kriegsgerichtlichen Gefängnißstrafe nach Sibirien oder nach dem Innern Rußlands deportirt und von den preußischen Behörden gar nicht oder ohne Erfolg reclamirt sind ersuche ich ergebenst, mir ihre Beschwerden nebst Beweisstücken schleunigst übersenden zu wollen. Ich bemerke, daß die Beweisstücke entweder amtlich sein oder sich auf schriftliche oder mündliche Zeugnisse stützen müssen, welche nöthigenfalls eidlich bekräftigt werden können.“ Die eingeforderten Beschwerden sollen jedenfalls zu einer Interpellation an das Ministerium und der Bitte benutzt werden, ihnen im diplomatischen Wege Abhilfe zu verschaffen.

Marienburg, den 14. Sept. Leider habe ich wieder von einem abscheulichen Beispiel der in unserm Volke herrschenden Rohheit zu berichten. Ein Handwerksbursche, Schuhmacher aus Danzig, kehrte gestern gegen Abend, im letzten Kruge in Willenberg ein. Bald darauf kamen 2 Fleischer aus Braunswalde, ein Meister und sein Bruder, Fleischergeselle, singend dort an; der Handwerksbursche stimmt mit ein, worauf ihm der Fleischermeister, dem dieses nicht paßte, mit seinem Messer einen Stich versetzt. Diesem Vorbilde folgt der Bruder, und noch einen Stich giebt ihm der Meister, worauf der Angegriffene im Blute schwimmnd zusammensinkt. Die beiden Unmenschen entfernen sich darauf, gehen nach Hause und legen sich ruhig schlafen, als ob nichts vorgefallen wäre. Der hinzugerufene Ortsschulze fand den Verwundeten schon als Leiche. Noch in derselben Nacht wurden die Missethäter verhaftet und hier eingebracht.

Lokales.

— **Garnison.** Gestern, Donnerstag, d. 13. d., sind die österreichischen Kriegsgefangenen unter Escorte 1 Offizier und 40 Mann nach Oderberg per Eisenbahn befördert worden. — Heute, Freitag, d. 14. d., sind die Bataillone des Preuß. Holländischen (d. 4.) und das Marienburger (d. 5.) Landwehr-Reg. in ihre Heimath abmarschirt.

— **Postverkehr.** Eine am 5. d. Mts. hier zur Post gegebene Post-Anweisung an den Böttchergesellen Michael Kopaczewski in Posen, Alter Markt 17, ad 2 Thlr. ist als unbestellbar hierher zurückgekommen. Absender August Bornaczynski (undeutlich) in Thorn nicht zu ermitteln.

— **Die Demolisirung der Landwehr** wird, wie die „Sp. Ztg.“ meldet, auf das Schleunigste erfolgen. Beim Verkauf der Kavalleriepferde wird jedoch Rücksicht auf die neu zu formirenden Kavallerie-Regimenter genommen, und wird daher der Verkauf ein sehr geringer sein, zumal die Batterieen der Artillerie nicht mehr wie früher aus 4 Geschützen bestehen, sondern ferner den Bestand von 6 Geschützen beibehalten sollen, wozu auch eine große Mehranzahl von Pferden gebraucht wird.

— **Lotterie.** Bei der am 12. d. fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 134. königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 72,125. 1 Gewinn von 1000 Thaler auf Nr. 82,582. 3 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 16,824, 52,691 und 68,821. 4 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 15,847, 20,701, 50,594 und 75,087; und 9 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 8169, 8967, 15,294, 34,757, 39,662, 42,396, 73,472, 89,494 und 92,228.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Eisenbahnverkehr.** Der Handelsminister veröffentlicht im amtlichen Theile des „Staatsanzeigers“ folgenden an sämmtliche preußische Eisenbahn-Verwaltungen gerichteten Erlaß:

Während der Hintransport der Truppen auf den preußischen Eisenbahnen nach dem Kriegsschauplatze trotz der äußersten Inanspruchnahme von Personal und Material mit der größten Pünktlichkeit und ohne nennenswerthes Ereigniß vor sich gegangen ist, sind auf dem Rücktransporte bereits zwei schwere Unfälle vorgekommen. Bei beiden ist ein ankommender Zug auf einen in der Station bereits haltenden aufgelaufen, was auf unvorsichtiges Fahren uäd mangelhafte Handhabung des Signalwesens schließen läßt. Der erste Fall auf Landsberg hat den Tod eines Wagenschiebers und den Armbruch eines Bahnbeamten, der zweite auf Station Gellendorf den Tod des Locomotivführers und eines Soldaten, resp. die Verwundung von sieben anderen Soldaten nebst der Zerstörung einer Anzahl von Wagen zur Folge gehabt.

Ich veranlasse hiermit sämmtliche Bahnverwaltungen, dem mit dem äußeren Betriebsdienste betrauten Personal der Ihrer Leitung unterstehenden Bahnstrecken die strengste Befolgung der auf die Sicherheit des Betriebes bezüglichen Bestimmungen wiederholt einzuschärfen und ihnen zur unverbrüchlichen Pflicht zu machen.

Gern bereit, hervorragenden Leistungen die verdiente Anerkennung zu verschaffen, werde ich anderer Seits bei Dienstvernachlässigungen unnachsichtliche Bestrafung herbeizuführen nicht anstehen.

Zu den Verwaltungen selbst hege ich das Vertrauen, daß sie nichts unterlassen werden, was dazu beizutragen geeignet erscheint, um den wohlbegründeten guten Ruf der preußischen Eisenbahnen auch bei dieser Gelegenheit aufrecht zu erhalten und zu befestigen.

Thorn, den 13. September. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für
Weizen: Wispel gesund 40—68 thlr.
Roggen: Wispel 36—39 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 40—44 thlr.
Gerste: Wispel kleine 24—34 thlr.
Hafer: Wispel 18—20 thlr.
Rübsen: Wispel 60—76 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 10—12 sgr.
Butter: Pfund 6—6½ sgr.
Eier: Mandel 3½—4 sgr.
Stroh: Schock 9—10 thlr.
Heu: Centner 15 sgr.—18

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 130 pCt. Russisch-Papier 130⅙ pCt. Klein-Courant 120—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 13. September. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 1 Fuß 1 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf der bei dem Ausbau der Polizei-Lokalien im Rathhause disponibel gewordenen diversen Thüren sowie completten Fenstern, gegen Baarzahlung steht ein anderweiter Termin auf

Freitag den 21. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr

auf dem Kämmerei-Holzplatze in der Schlammgasse an, wozu Kauflustige eingeladen werden.

Thorn, den 11. September 1866.

Der Magistrat.

Die gestern Abend 10¼ Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner Frau **Clara** geb. Freiin **von Werthern** von einem gesunden Knaben beehrt sich anzuzeigen.

Thorn, den 13. September 1866.

Steinmann,
Kgl. Landrath.



Nach Gottes weisem Rathschluß entschlief heute Nachmittags um 4½ Uhr sanft nach langem Leiden unser unvergeßliche Sohn, Bruder und Onkel der Schiffs-Eigener

Carl Eduard Prantz,

im 40. Lebensjahre. Um stille Theilnahme bittend, zeigen dies allen Freunden u. Bekannten an.

Thorn, den 12. September 1866.

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, d. 15. Nachmittags 3 Uhr statt.



Turnverein.

Sonnabend, d. 15. d. Mts. 8 Uhr Ab. Eröffnung des **Winterturnens in der Halle des Schützenhauses.** Um 9 Uhr Generalversammlung; Ersatzwahlen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

5 **Fach-Fenster** stehen zum Verkauf Neust. 290. **Plantz.**



Versetzungshalber sind Altstadt Nr. 165 1 Tr. hoch einzelne Möbel, wie 1 Sopha, 1 Damenschreibtisch, 1 Sekretair, 2 Bettstelle nebst Matrazen 2c. zu verkaufen.

Sechs gute vierflügelige **Fenster** sind zu verkaufen. Friedrich-Wilhelm-Str. Nr. 89.

In der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** sind zu haben:

Allg. deutsche Wechselordnung 5 Sgr. — Gesind-Ordnung 5 Sgr. — Gewerbe-Gesetze 6 Sgr. — Gesetze über Grund- und Gebäudesteuer 10 Sgr. — Gesetze über Klassensteuer und klassifiz. Einkommensteuer 5 Sgr. — Gesetze über Gewerbesteuer, Mahl- und Schlachtsteuer 7½ Sgr. — Feldpolizei-Ordnung und Jagdpolizei-Gesetze 6 Sgr. — Gesetze üb. d. Verhältnisse der Arbeiter in Fabriken und bei der Landwirthschaft 5 Sgr. — Baugesetze 10 Sgr.



Zur bevorstehenden Illumination empfiehlt sich zur Anfertigung von **Transparenten** mit verschiedenen Inschriften billig **Th. Fessel,** Lithograph in der Buch- u. Steindruckerei von Herrn E. Lambeck.

Gefüllte
Illuminationslampen
vorräthig bei **Amand Hirschberger.**

Bengalische Flammen

sind bei mir in allen Farben à Packet 2½ Sgr. zu haben.

Moritz Kleemann.
Culmer-Str. Nr. 307.

Butter-Str. 144 ist zum 1. Octbr. cr. zu vermiethen: der Schuhmacherladen nebst Wohnung und der Victualien-Keller. **Uebrick.**

Am Sonntag den 23. d. M. Nachmittag 3 Uhr findet im Rathhaus-Saale zu Ehren der aus dem Kriege heimgekehrten, hier anwesenden Offiziere ein Festmahl statt. Das unterzeichnete Fest-Comité giebt sich hiermit die Ehre, zur Theilnahme ergebenst einzuladen. Das Couvert kostet mit Wein 5 Thlr. Anmeldungen werden von dem unterzeichneten Syndicus Joseph und in der Kämmereikasse bis zum 18. d. Mts. entgegengenommen.

Thorn, den 7. September 1866.

Behrensdorf. A. Danielowski. Heins. Hoppe. Joseph. v. Kries. Mallon. B. Meyer. Dr. L. Prowe. Rafalski-Eichoradz. Rosenow. R. Schwartz. Taege. Wegner-Ostaszewo. Weinschenk.

Fernere Beiträge sind eingegangen:

Von Herrn Artillerie Lieutenant Meyer Ertrag eines Feuerwerks hier, mit der Bestimmung für die Hinterbliebenen der Krieger 77 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.; Frau Gutsb. Sieg hier 20 Sgr.; Gutsbesitzer Sponnagel Folsong 1 Thlr. Vom städtischen Comite nur fürs Lazareth bestimmt 50 Thlr.; Rentier Sponnagel 2 Thlr.; Sammlung vom Schulzen aus Siemon 3 Thlr.; Sammlung durch Herrn Neuhoff Schönsee 3 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf.; v. Wenssiern Grabia 2 Thlr.; Candidat Braun Brzeczinko 15 Sgr.

Summa der bis jetzt eingegangenen Beiträge 2322 Thlr. 5 Sgr. 8 Pf.

Eilsberger. G. Hirschfeld,
Rendant.

Wichtig für alle Comtoire!

So eben traf von Berlin ein:

Allgemeies Deutsches

Eisenbahn-Güter-Tarifbuch 1866—1867

mit Einschluss des Güterverkehrs von und nach den wichtigsten Orten Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und der Schweiz.

Nach amtlichen Quellen bearbeitet von **A. Rörig.**

Sechster Jahrgang, Format 4° 66 Bogen mit Eisenbahn-Stations-Karte. Preis 3 Thlr.

Die so freundliche und allgemein günstige, von Jahr zu Jahr sich steigernde Aufnahme, der sich unser Eisenbahn-Güter-Tarifbuch bei der ganzen Handelswelt zu erfreuen hat, ist das beste Zeichen, welch' grosses Bedürfniss ein derartiges vollständiges und practisch bearbeitetes Eisenbahn-Güter-Tarifbuch ist. Eine Empfehlung dieses Buches halten wir für überflüssig, sein practischer Werth und das Bedürfniss desselben ist ja hinreichend anerkannt worden. Auf jedem grösseren Comtoir ist dasselbe zu finden und ganz unentbehrlich. Dieser VI. Jahrgaug ist nach einem ganz neuen und übersichtlichen System bearbeitet worden, und zwar so, dass die Stationen nach dem Alphabet geordnet, das Buch nicht allein ein vollständiges Stations-Verzeichniss der sämmtlichen deutschen Eisenbahnen ist, sondern auch ein Jeder von seinem Platze aus nach jeder Richtung hin die Tarife, ob Eilgut, Normalgut, ermässigte Klasse etc. berechnet findet, eine Einrichtung, welche die Uebersichtlichkeit ungemein erleichtert.

Vorräthig in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck.**

Auction.

Donnerstag, den 20. d. Mts. und in den folgenden Tagen von 9 Uhr Vorm. ab werde ich im Laden Friedrich-Wilhelmsstr. Nr. 87 verschiedene **Kurzwaaren** als wie Reise- und Handtaschen, Sonn- und Regenschirme rc. **Weißwaaren** als: Negligee-Hauben, Band, Spitzen, Kragen, Stulpen, Shlipse, Netze rc. rc. gegen baare Zahlung versteigern.

Max Rypinski, Auctionator.

Seit vielen Jahren als wohlschmeckend und haltbar bewährt, empfehle ich wiederum **Gewürz-Kräuter-Essig** zum Einmachen der Früchte, pro Quart 4 Sgr. **Horstig.**

---

1 Commis und 1 Lehrling,

der polnischen Sprache mächtig, finden in meinem Manufactur- Waaren- Geschäft sofortiges Engagement

Levin Chaskel
in Inowraclaw.

---

10 Sgr. — 1¼ Fl. — 60 Nkr. Oest. — 36 Kr. Rhein.

Neueste und billigste Berliner
Damenzeitung für Mode und Handarbeit.
Preis für das ganze Vierteljahr **nur 10 Sgr.**

Soeben erschienen die ersten Nummern der neuesten Damenzeitung:

DIE BIENE.

Journal für Toilette und Handarbeit.

Die practischen Bedürfnisse im Auge behaltend, trägt die „Biene" mit Sammelfleiss, Sorgfalt und Umsicht Alles zusammen, was die Mode im Gebiete der Toilette und der weiblichen Handarbeit für selbstthätige, wirthschaftliche Frauen und Töchter Neues und Gutes bringt: Im Hauptblatte jährlich an 1200 vorzügliche **Abbildungen** der gesammten Damen- und Kinder-Garderobe, Leibwäsche und der verschiedensten Handarbeiten, in den Supplementen die betreff. **Schnittmuster** mit fasslicher Beschreibung, wodurch es auch den ungeübtesten Händen möglich wird, **Alles selbst anzufertigen** und damit bedeutende Ersparnisse zu erzielen.

Die ersten Nummern der Biene sind gratis durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Bestellungen nehmen an und führen aus alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes.

Herausgegeben unter Mitwirkung der
Redaction des Bazar
mit theilweiser Benutzung der in dieser Zeitschrift enthaltenen Abbildungen.

Sonnabend den 15. September cr.
Vormittags von 9 Uhr ab

Thorn, den 11. September 1866.
sollen auf dem Magazinhofe in der Neustadt eine Parthie Roggenkleie, Fußmehl und Roggen-Fegekaff meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 11. September 1866.

Königliches Proviant-Amt.

Briefbogen mit der Ansicht von Thorn in Quart und Oktav sind vorräthig bei **Ernst Lambeck.**

Annaberger Gebirgskalk

fortwährend frisch ab meinem Lager, die 2scheffige Tonne mit 1 Thaler,

Oberschlesischen Gebirgskalk

die Waggonladung von 60 Tonnen ab Bahnhof Thorn, offerirt zum Preise von 42 Thalern

C. B. Dietrich.

Am 15. d. Mts. beginnt ein neuer Cursus zur Erlernung der dopp. ital.

BUCHFOEHRUNG

Junge Leute, die am Unterricht theilzunehmen wünschen, wollen sich gefl. in den Vormittagsstunden bei mir melden. **Max Rypinski.**

An der

landwirthschaftlichen Lehranstalt in Worms a. Rh.,

welche im letzten Semester von 53 jungen Landwirthen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands besucht gewesen ist, beginnen die von 11 Fachlehrern über alle Zweige der Landwirthschaft gehalten werdenden Vorlesungen am 1. November. Programme und Berichte über die Anstalt versendet auf Verlangen der unterzeichnete Director. Jedermann gratis und franco.

Worms, den 27. Juni 1866.

Dr. Schneider.

An das Haupt-Depot der Dr. Davidson'schen Zahntropfen in Berlin.

Dankbare Anerkennung.

Nachdem meine Frau Wochen hindurch an den unsäglichsten rheumatischen Zahnschmerzen gelitten hat, nahm sie ihre Zuflucht, weil alle anderen dagegen angewandten Mittel fruchtlos waren, zu den Dr. Davidson'schen Zahntropfen, welche von so überraschender Wirkung waren, daß sie sofort von diesen Schmerzen, sowie auch mehrere Bekannte, denen sie davon gab, vollkommen und dauernd befreit wurden, weshalb ich es für Pflicht halte, öffentlich hiermit meinen Dank auszusprechen.

Potsdam, den 10. Juni 1863.

Dietrich,
Kammerdiener des Erbprinzen von Schwarzburg-Rudolstadt.

*) Zu haben in Thorn bei **Ernst Lambeck.**

Durch das in dem Buche: „**Keine Hämorrhoiden mehr!**" empfohlene ausgezeichnete Mittel wurde ich von meinen Hämorrhoidalleiden ganz und gar befreit und halte ich es für meine Pflicht, jedem Hämorrhoidarius diese nützliche Schrift, welche in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** für 5 Sgr. vorräthig ist, zu empfehlen. Pfarrer N . . . .

Plakate mit:

„Wohnung zu vermiethen"

auf Pappe gezogen zum Aufhängen à 3 Sgr. sind zu haben bei Ernst Lambeck.

---

2 Zimmer vorn heraus 1 Treppe hoch, sowie 1 Zimmer, welches sich zum Comptoir eignet, zu vermiethen. Baderstr. 58.

Baderstr. Nr. 60 sind Wohnungen nebst Stallung und Wagenremise zu vermiethen.

Reinsdorff.

Die von Herrn Hauptmann v. Fuchs bewohnt gewesene Belletage Neustadt Nr. 15 ist vom 1. October cr. ab, zu vermiethen. — Ebendaselbst ist eine möblirte Stube parterre nebst Stallung und Wagenremise zu vermiethen.

W. Kirsch.

Ein Laden mit vollständiger Einrichtung, Wohnung, Keller und Boden ist Breitestraße 85 vom 1. October cr. zu vermiethen.

Ein meublirtes Vorderzimmer ist sofort Baderstraße Nr. 55 zu vermiethen.

Eine Wohnung von 3 Zimmern, Küche, Keller rc. ist vom 1. Okt. zu verm.; ebenso ein Zimmer m. Brschg. für Offiz. geeignet in d. Bellet. bei **Liebig.**

Einen am Brückenthor belegenen sehr geräumigen Kellerraum hat sogleich zu vermiethen.

Loebel Kalischer.

Eine Wohnung, Stube nebst Kabinet und allem Zubehör vermiethet **H. Volkmann** am Bromberger-Thor 234.

Eine kleine Wohnung ist zu vermiethen. Neustadt Nr. 2.

Eine herrschaftliche Wohnung, 7 bis 8 Zimmer mit Zubehör, Stallung rc. wird z. 1. Oktbr. gesucht. Anmeldungen nimmt die Buchhandlung von **Justus Wallis** entgegen.

Ein möblirtes Zimmer ist vom 1. Oktober cr. zu vermiethen Heiligegeiststraße 193. Näheres bei **A. Haupt.**

Eine möblirte Stube ist zu vermiethen Gerechtestr. 128/29.

In meinem Hinterhause ist noch eine Wohnung zu vermiethen.

Herrmann Cohn.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.

Extra-Beilage zum Thorner Wochenblatt.

No. 144. Freitag, den 14. September. 1866.

Im Auftrage des städtischen Comitee's für den Empfang der aus dem Felde zurückkehrenden Truppen beehren wir uns die Herren Aelterleute und Altgesellen sämmtlicher Gewerke zu einer Besprechung **heute**

Freitag, den 14. September

Abends 8 Uhr

in das Lokal des Herrn Hildebrandt

freundlichst einzuladen.

Thorn, den 14. September 1866.

E. Behrensdorff. A. F. W. Heins.

Schnellpressendruck der Rathsbuchdruckerei (E. Lambeck) zu Thorn.